



Maren Seifert | Krestenweg 19 | 77652 Offenburg

Herrn Oberbürgermeister

Marco Steffens
Hauptstraße 90

77652 Offenburg

**Gemeinderatsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Offenburg**

Fraktionsvorsitzende

Maren Seifert
Krestenweg 19
77652 Offenburg

maren_seifert@hotmail.de

Offenburg, den 2.2.2024

Doppelhaushalt 2024/25: Anträge Fraktion B90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Steffens,

mehr Gemeinschaft, mehr für Kinder, mehr Grün, mehr klimafreundliche Mobilität!

Das wünschen wir uns und das sind folglich die Kernthemen unserer Haushaltsanträge für den Doppelhaushalt 2024/2025. Die Fokussierung auf diese vier Bereiche zeigt, wie wichtig uns der gesellschaftliche Zusammenhalt, gute Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder, eine nachhaltige Stadtplanung und die Verkehrswende in Offenburg sind.

Mehr Gemeinschaft: Wir stellen einen Antrag zur Erhöhung des Budgets für die Offenburger Bürgervereine.

Mehr für Kinder: Zunächst beantragen wir hier die Sanierung des Kleinsportfelds an der Waldbachschule. Des Weiteren zeigt unser Antrag zur Beschattung von Schulhöfen, wie sehr uns der Gesundheitsschutz der Kinder Offenburgs am Herzen liegt. So positiv die bislang ergriffenen Maßnahmen zur Klimaanpassung wie Sonnensegel auf den öffentlichen Spielplätzen oder in Spielbereichen von Kitas unserer Stadt auch sind: Hiermit können wir uns noch nicht zufrieden geben und es besteht dringender Bedarf, den begonnen Weg auch auf Schulgeländen fortzusetzen!

Mehr Grün: Wir fordern das Budget für das Programms bio.og beizubehalten, damit Bürger und Bürgerinnen noch stärker bei der Schaffung artenreichen Grüns in Offenburg unterstützt werden. Doch natürlich sollte auch die Stadt selbst auf ihren Flächen und an ihren Gebäuden derartige Maßnahmen vorantreiben und ihre Vorbildfunktion wahrnehmen! Wir beantragen deshalb auch eine Fassadenbegrünung an städtischen Gebäuden – bei geplanten, im Bau befindlichen und bestehenden.

Mehr klimafreundliche Mobilität: Zur Förderung der klimaschützenden Mobilität stellen wir gleich drei Anträge: Einen zum Bau eines Radweges in der Wolfentalstraße bis zur Einmündung in die verlängerte Moltkestraße, einen zur Unterhaltung der bestehenden Radwege und einen zur Einrichtung eines Rad-Infozentrums.

I.) Unsere Anträge im Einzelnen

Wir stellen unsere Haushaltsanträge wie im Folgenden aufgeführt. Zu beachten ist, dass die Reihenfolge keinerlei Priorisierung unsererseits darstellt.

Nr. 1 1.) Budgeterhöhung für die Bürgervereine: Haushaltsansatz 50T € statt 10.600 €

Die fünf Offenburger Bürgervereine leisten vielfältige gesellschaftliche Aufgaben. Für diese wertvolle Arbeit sind laut Anlage 6 „Wesentliche Zuschüsse DHH 24/25“ des Haushaltsentwurfs vom 18.12.2023 (Drucksache 182/23) unter der Stabstelle OB-Büro nur 5300 € p.a. für alle Bürgervereine insgesamt eingeplant.

Da die Mitgliedsbeiträge sehr gering sind, reicht den Bürgervereinen dieses Budget nicht aus, um ihren zahlreichen Aufgaben im wünschenswerten Umfang gerecht zu werden. Es sollte daher auf 5 T€ je Verein p.a., also auf insgesamt 50 T € für die Jahre 2024 und 2025 insgesamt erhöht werden.

Das zusätzliche Geld könnte dann für die Werbung neuer Mitglieder und die professionelle Pflege der Homepages bzw. des Internet-Auftritts der Bürgervereine verwendet werden. Außerdem könnten damit in den Stadtteilen verschiedenste Veranstaltungen wie Seniorennachmittage durchgeführt sowie Verwaltungskosten und Aufwandsentschädigungen bei besonderen Aufgaben gezahlt werden.

Wir unterstützen damit nicht nur die Arbeit der Bürgervereine, sondern würdigen auch die Menschen, die sich ehrenamtlich unermüdlich für ihre Stadtteile einsetzen!

Nr. 2 2.) Sanierung Kleinspielfeld Waldbachschule: Haushaltsansatz 350 T€

Das Kleinspielfeld an der Waldbachschule ist maßgeblicher Bestandteil des schulpädagogischen Konzepts des Förderzentrums Lernen der Waldbachschule. Außerdem gehört es zu den Freizeitflächen des Stadtteils Nordwest und wird als solches fast täglich nach Unterrichtschluss von Jugendlichen und jungen Erwachsenen genutzt.

Seit mehreren Jahren bestehen verschiedene erhebliche Mängel im Belag, die sich bis jetzt erheblich verstärkt haben. Der Belag weist flächendeckend Stolperfallen auf: er wölbt sich auf, die Ränder heben sich, an verschiedenen Stellen ist er aufgebrochen, es sind Löcher entstanden.

Es besteht akute Verletzungsgefahr, die z.B. schon zur Berufsunfähigkeit eines jungen Mannes geführt hat, der beim Ballspiel nach einem Sturz wegen eines Handgelenksbruchs seine Ausbildungsstelle als Malergeselle aufgeben musste. Auch vom Kollegium der Waldbachschule wurde verschiedene Stürze beobachtet.

Wir unterstützen sportliche Betätigungen im Freien für alle Altersgruppen, als Ausgleich zu sitzenden Tätigkeiten, insbesondere an Bildschirmen, und als Gesundheitsförderung insgesamt.

Unter Position 247 des Mehrjährigen Maßnahmenprogramms (MMP, vgl. Anlage 7 des o.g. Haushaltsentwurfs) werden die Kosten der Maßnahme mit 350 T€ beziffert, sind allerdings leider in die Stufe 2 eingeordnet. Dies bedeutet, dass die Sanierung des Spielfelds frühestens ab dem Jahr 2029 erfolgen könnte.

Wegen des akuten Gefahrenpotentials mit teils weitreichenden gesundheitlichen Folgen beantragen wir das Vorziehen der Maßnahme und damit die umgehende Sanierung des Kleinspielfelds noch in diesem Jahr.

Nr. 3 3.) Beschattung für die städtischen Schulen: Haushaltsansatz 100 T€

Die Stadt Offenburg hat nach dem jahrelangen Einsatz von uns Grünen für einen verbesserten Sonnenschutz für Kinder begonnen, Sonnensegel auf von diesen genutzten Flächen zu installieren, soweit Bäume dort nicht angepflanzt werden können oder noch nicht ausreichend groß für eine natürliche Beschattung sind. Mittlerweile sind nicht nur manche Spielflächen von Kitas, sondern auch einige wenige öffentliche Spielplätze beschattet worden.

Nun muss man das Augenmerk neben den jüngeren Kindern auf den Spielplätzen zusätzlich auf die etwas Größeren im Schulalter richten und auch die Beschattung von Schulhöfen angehen. Konkret sei als einer hiervon derjenige der Georg-Monsch-Schule genannt.

Die versiegelte Außenfläche dieses Schulhofs bietet keine Abkühlungsmöglichkeit durch Grünflächen, sie kühlt auch nachts nicht ab. Kaltluftströme werden durch die Anordnung der umliegenden Gebäude behindert. Und die mit schwarzem Schotter ausgestattete Bahntrasse führt zu einer weiteren Erhitzung, da sie wärmere Luft transportiert als grüngerprägte Strukturen.

Dies alles wirkt sich bereits massiv auf die Aufenthaltsqualität auf dem Schulgelände aus und aufgrund des Klimawandels ist zukünftig sogar noch mit einer weiteren Temperatursteigerung und noch geringerer Abkühlung zu rechnen. Im Sommer ist jedoch schon jetzt ein sehr großer Teil des Geländes bereits am späteren Vormittag, ganz besonders aber in den Nachmittagsstunden, wegen der Hitze kaum mehr zu nutzen. Insbesondere dem Ganztagsbetrieb fehlen dadurch überdachte Aufenthaltsflächen, die einen Aufenthalt im Freien ermöglichen. Kinder brauchen aber zwischen und nach den Unterrichtsstunden in den Klassenräumen drinnen eine Möglichkeit, sich mit mehr Freiraum draußen zu betätigen!

Die Schüler und Schülerinnen können derzeit bei Hitze ausschließlich die „Allee“ zum Technischen Rathaus nutzen, die bereits ein öffentlicher Weg ist und nicht zum Schulgelände gehört. Und auf der Mensaterrasse befinden sich zwar Sonnenschirme - der Bereich heizt sich allerdings so auf, dass er kaum genutzt wird.

Es besteht daher ein dringender Bedarf an Beschattungsinstitutionen in Form von fester Überdachung, die sich auf dem Schulgelände praktikabel, förderlich und optisch integriert. Beschattung könnte möglicherweise auch am Grünen Klassenzimmer und für die Mensaterrasse sinnvoll sein. Die Georg-Monsch-Schule bittet darum, nach Verabschiedung des Doppelhaushalts mit einem Planungs-Team einen Vorschlag ausarbeiten zu dürfen.

Im Programm Schulhoferneuerung (Position 264 MMP) ist die Maßnahme nicht explizit genannt, so dass wir ein zusätzliches Budget von 100 T€ für die Beschattung des Schulhofs der „GeMo“ und anderer Schulen beantragen.

Nr. 4 4.) Das Programm bio.org: Haushaltsansatz 180 T€ statt 100 T€

Das Maßnahmenprogramm „bio.org - Grün und Biodiversität“ ist Teil des Strategiepapiers „Stadtgrün“ zur Umgestaltung der Stadteingangsbereiche und zur Extensivierung von Grünflächen (vgl. Nr. 125 MMP). Mit bio.org sollen Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützt werden, artenreiches Grün anzulegen. Sie sollen ihren Beitrag besonders durch die Entsiegelung von befestigten Flächen wie Innenhöfen, bei der Umwandlung von grauen Schotterflächen in bunte und biodiverse Vorgärten bei der Schaffung von Blühwiesen sowie bei der Begrünung von Dächern und Fassaden leisten.

Das Programm ist ein sehr guter Ansatz, die Biodiversität in unserer Stadt voranzubringen. Zur Steigerung der Wirksamkeit muss dieses sinnvolle Programm aber in der Kernstadt und in den Ortsteilen noch viel bekannter gemacht werden.

Eine umfangreiche Werbekampagne wird jedoch kostenintensiv sein. Außerdem ist davon auszugehen und zu hoffen, dass nach einer intensivierten Bewerbung noch sehr viel mehr Anträge von Privatpersonen auf Fördermittel eingehen werden. Folglich ist auch mit einem Anstieg der Förderungsbewilligungen und den damit verbundenen Kosten für die Stadt zu rechnen.

Derzeit stehen laut dem Leiter des Fachbereichs Finanzen, Herrn Zöller, ca. 170 T€ für das Programm zur Verfügung. Im Doppelhaushalt 2024/2025 sollen es nur noch 100 T€ sein. Für eine intensivierte Kampagne, aber auch die Bewilligung der danach ansteigenden Förderanträge ist eine Ausstattung mit dem wesentlich höheren Betrag von insgesamt 180 T€ erforderlich.

Nr. 5 5.) Fassadenbegrünung städtischer Gebäude: Haushaltsansatz 100 T€

Die Klimaerhitzung ist besonders in der Kernstadt bereits seit Jahren deutlich spürbar. Fassadenbegrünungen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung und Reduktion von Überhitzung in exponierten Innenstadtlagen durch Verschattung und Verdunstungskühle. Auch wirken sie durch Feinstaubreduktion und Bindung von Luftschadstoffen nachweislich luftreinigend. Fassadenbegrünungen verbessern das Mikroklima, die Aufenthaltsqualität im Stadtraum wird erhöht.

Städtische Gebäude haben Vorbildfunktion. Im Neubaubereich aktueller Projekte sollte Fassadenbegrünung mittlerweile selbstverständlich sein, aber gerade auch an Bestandsgebäuden ist sie vorbildhaft voranzutreiben.

Wir beantragen daher, in den Doppelhaushalt 100 T€ für die Fassadenbegrünung kommunaler Gebäude einzustellen.

Nr. 6 6.) Radweg Wolfentalstraße/„Spieriweg“: Haushaltsansatz 200 T€

Wir beantragen, einen baulich getrennten Radweg in der Wolfentalstraße bis zur Einmündung in die verlängerte Moltkestraße zu errichten.

Die Anbindung des nördlichsten Ortsteils Windschlag an das Radwegenetz in Offenburg ist immer noch schlecht. Nach Osten Richtung Durbach und nach Westen Richtung Griesheim gibt es gut ausgebaute Radwege, nicht aber in der Hauptrichtung nach Offenburg. Dorthin fahren aber die Kinder zur Schule und Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu ihren Arbeitsstätten!

Richtung Okenstraße gibt es nur den sogenannten Rain, die Verbindung zwischen Windschlag und Bohlsbach und zur Moltkestraße nur die Anbindung über die Wolfentalstraße. Alle Radfahrer, die in die Oststadt wollen, müssen die Wolfentalstraße mit ihren ausgefahrenen Banketten gemeinsam mit dem Autoverkehr benutzen, was mit Sicherheitsrisiken verbunden ist.

Diese große Lücke im Radwegenetz der Stadt muss endlich geschlossen werden, dementsprechend ist eine Budget von 200 T€ für den Radwegebau anzusetzen.

Nr. 7 7.) Unterhaltung Radverkehrsanlagen: Haushaltsansatz 50 T€

Die Förderung klimafreundlicher Mobilität ist eines unserer Kernanliegen. Ein wesentlicher Punkt ist dabei die Förderung der Nutzung von Fahrrädern für die täglichen Wege der Verkehrsteilnehmenden.

2023 haben wir heftige und kontroverse Debatten in Offenburg über den Ausbau sicherer Radverkehrsanlagen erleben können. Einigkeit hat jedoch darin bestanden, dass die Stadt existierende Radverkehrsanlagen erhalten und entsprechend den gesetzlichen Vorgaben und geltenden Normen pflegen wird.

Wir Grünen setzen uns explizit für die aktive Unterhaltung der Radverkehrsanlagen ein. An der Pflege der Radverkehrsanlagen darf nicht gespart werden: Es geht um nicht weniger als die Ermöglichung sicheren Radfahrens innerhalb des Stadtgebiets!

Wir beantragen daher, dass die Budgetposition „Reduzierung Ansatz Unterhaltung Radverkehrsanlagen, temporäre Maßnahme für diesen DHH“, Nr. 139 (Anlage 3 - Budgetveränderungen - des Haushaltsentwurfs) mit 25 T € p.a. gestrichen wird. Stattdessen sollen für die Unterhaltung der Radverkehrsanlagen 50 T€ in den Doppelhaushalt 2024/25 eingestellt werden.

Nr. 8 8.) Rad-Infozentrum für umweltschonende Mobilität Teil 2: Haushaltsansatz 230 T€ (zusätzlich ggf. die im DHH 2022/23 angemeldeten Mittel für Teil 1)

Nach dem Bundesklimaschutzgesetz werden verbindliche Reduktionsziele für klimaschädliche Emissionen eingefordert. Einen bedeutenden Beitrag haben dabei verkehrliche Maßnahmen in Sinne der Verkehrswende zu leisten.

Die Förderung umweltverträglicher Mobilität liegt einerseits im Entscheidungs- und Planungsbereich von Bund, Land und Kommunen. Auf der anderen Seite ist das Nutzerverhalten zu betrachten. Verkehrssituationen und -wege werden immer komplexer und teilweise unübersichtlicher. Die Kenntnis von speziell ausgestatteten Rad- und Fußwegen und deren Verläufen, von Besonderheiten der angebotenen Ausleihräder

oder Fahrzeuge ist dem Internet nicht immer zu entnehmen, persönliche Vorort-Infos erleichtern die Orientierung und damit die Nutzung. Die Beratung und Information von Einwohnerschaft und Gästen ist für die Verkehrswende als notwendige und zukunftsweisende Aufgabe anzusehen. Das Rad-Infozentrum für verschiedene Verkehrsarten und Nutzergruppen ist damit Bestandteil des neuen Bahnhofareals und kann durch die Möglichkeit der persönlichen Begegnung mit den Beratenden den Aufenthalt in Offenburg und Umgebung noch attraktiver machen und den Umstieg erleichtern.

Besondere Effekte für die Nachhaltigkeit und damit für den Klimaschutz haben die verkehrspädagogischen Angebote. Verkehrssicherheit, Unfallverhütung durch Bewusstseins- und Aufmerksamkeitsschulung, Förderung des Sozialverhaltens durch wirkliche gemeinsame, nicht nur virtuelle Erlebnisse bewirken, dass erlebte selbstständige Fortbewegung zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr und damit auch zu mehr Spaß am Radfahren führt. Damit tragen diese verkehrspädagogischen Projekte dazu bei, dass Kinder und Jugendliche mit dem Fahrradfahren aufwachsen und zukünftig das Rad viel mehr nutzen als ohne eine derartige Anleitung.

Vom ADFC wurde im Jahr 2020 ein Vorschlag zur Realisierung eines Rad- und Mobilitätszentrums am Bahnhof eingebracht. Das Konzept besteht aus zwei Teilen.

1.) Zum einen soll die schon 2021 vom Gemeinderat beschlossene Radabstellanlage mit Serviceangeboten (Hilfe beim Radeinstellen, kleine Werkstatt mit Ersatzteilen usw.) von einem sozialen Träger betreut werden.

Dieser Teil wurde für den Doppelhaushalt 2022/2023 bereits bewilligt und es fanden auch schon Gespräche mit der Arbeitsförderungsgesellschaft Ortenau gGmbH (Afög) statt. Allerdings erfolgt die Ausschreibung erst jetzt. Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass die Mittel in den aktuellen Doppelhaushalt übertragen werden bzw. immer noch zur Verfügung stehen. Sollte dies wider Erwarten nicht der Fall sein, beantragen wir hiermit zusätzlich die erneute Budgetierung der erforderlichen Mittel.

2.) Zum anderen soll in einem Teil der Räumlichkeiten das vom ADFC geführte Rad-Info-Zentrum folgende Dienstleistungen anbieten bzw. von dort aus koordinieren:

- Info und Beratung zur Vernetzung von Verkehrsmitteln und Wegen und zu Ausleihmodalitäten (Rad, Anhänger, Lastenräder, Miet-KFZ). Des Weiteren soll eine nutzerspezifische Beratung zu Radwegen (Radschnellwege, familiensichere, verkehrsarme Strecken, barrierefreie Strecken usw.) angeboten werden.

- Verkehrspädagogische Angebote, die dezentral an Kitas, Schulen, auf Verkehrswegen usw. stattfinden. Für 3 bis 8-jährige Kinder sind dies zum Beispiel das Rollermobil, Beobachtung und Bewertung von Verkehrssituationen und Infos zur verkehrssicheren Kleidung. An Grundschulen können Projekttag zur Ausstattungssicherheit, zum Dunkeltunnel, zur Sichtbarkeit und Verkehrssicherheit und zur Vorbereitung auf Jugendverkehrsschule durchgeführt werden. An den weiterführenden Schulen gibt es

hingegen ab der 5. Klasse Angebote wie die Verkehrsdetektive mit Fokus auf Ausstattungsmängel- und Sicherheit, die Beobachtung und Analyse von Gefahrenstellen, Verhaltensbeobachtung bei Verkehrsteilnehmenden sowie Sicherheitstraining und Schulwegberatung.

- Fahrradschule für Erwachsene, die vom ADFC Offenburg 2023 aufgebaut wurde. Diese umfasst das Training und Coaching von erwachsenen Radfahranfängern und Senioren (auch mit Beeinträchtigungen) und „Wiederaufsteigern“ zum Beispiel nach Unfällen und Krankheiten.

Die personelle Besetzung eines vom Offenburger ADFC geführten Rad-Info-Zentrums am Bahnhof muss im Jahr 2024 mit 70 T€ gefördert werden. Der ADFC Offenburg möchte sich bis zum Umbau des Bahnhofsareals auf die verkehrspädagogischen Angebote fokussieren und anschließend das Zentrum mit Beratungs-, Coaching- und Informationsangeboten bis zur Landesgartenschau ausbauen.

Insbesondere die verkehrspädagogischen Aufgaben erfordern den Einsatz von zwei Personen (Aufsichtspflicht, Verantwortungsübernahme usw.), daher ist das Rad-Info-Zentrum ab 2025 dann mit 120 T€ zu fördern. Des Weiteren bedarf es vor allem in der Aufbauphase einer materiellen Ausstattung (incl. Miete, Lagerhalle) mit 20 000 € p.a.

Wir beantragen daher 230 T€ für das Radinfo-Zentrum im Doppelhaushalt 2024/25 zur Verfügung zu stellen.

II.) Deckungsvorschläge

Zur Deckung unserer Haushaltsanträge unterbreiten wir die folgenden Vorschläge:

D1 1.) Verzicht auf den privaten Sicherheitsdienst, MMP Nr. 41: 400 T€

Aus dem Verzicht auf den vorübergehenden Einsatz eines privaten Sicherheitsdienstes, gegen dessen Einsatz wir im Rahmen der Abstimmung über den KOD im Gemeinderat gestimmt haben, ergibt sich eine Einsparung von 400 T€.

Im MMP sind unter der Nummer 41 erste Mittel, nämlich insgesamt 700 T€, für den KOD eingestellt. Hierbei wird nicht zwischen der Konzepterstellung für den KOD und dem privaten Sicherheitsdienst, der vorübergehend beauftragt wird, unterschieden.

Eine Nachfrage bei Frau Adelmann, Fachbereichsleitung Bürgerservice, hat am 25. Januar 2024 ergeben, dass von den 700 T€ bis zu 200 T€ jährlich auf den privaten Sicherheitsdienst entfallen werden. Die Einsparsumme beträgt insgesamt also 400 T€.

D2 2.) Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung, Budgetveränderung Nr. 138: 200 T€

In der Anlage 3 „Budgetveränderungen“ des Haushaltsentwurfs sind unter Position 138 für die Jahre 2024/25 jeweils 145 T€, also insgesamt 290 T€ für die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung enthalten.

Diese IKO-Maßnahme ist aufgrund eines ablehnenden Gemeinderatsbeschlusses ausgesetzt worden. Die Grünen-Fraktion hat jedoch für die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung gestimmt und beantragt nunmehr, dass der IKO-Beschluss wieder in Kraft gesetzt wird.

Abzüglich der sich dann aus der erweiterten Parkraumbewirtschaftung ergebenden Unterhaltungskosten sowie sonstigen Dienstleistungsaufwendungen für Parkscheinautomaten (vgl. Nr. 141 derselben Anlage) in Höhe von insgesamt 90 T€ für ergäben sich 2024/25 Mehreinnahmen in Höhe von 200 T€.

D3 3.) Klimaschutzfonds: ca. 550 T€

Die unter 1. und 2. genannten Mittel in Höhe von 600 T€ reichen zur Deckung unserer Haushaltsanträge nicht. Die von uns gestellten Haushaltsanträge betreffen jedoch in weiten Teilen den Klimaschutz bzw. Maßnahmen zur Klimaanpassung.

Daher schlagen wir eine Teilsumme des vom Gemeinderat bereits im Rahmen des Nachhaltigen Finanzkonzeptes 2040 beschlossenen 100-Millionen-Klimaschutzfonds in Höhe von 549.600 € zur Deckung vor.

Uns ist bewusst, dass über die Verteilung der Mittel aus dem Fonds erst ein neu zu bildendes Gremium befinden muss. Dies kann und darf jedoch nicht dazu führen, dass wirksame Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen nicht schon heute initiiert und im Haushalt mit einem Budget versehen werden.

Die Vorgehensweise hinsichtlich dieses Deckungsvorschlags wurde mit Herrn Zöller telefonisch am 30. Januar 2024 abgestimmt.

Mit freundlichen Grüßen

Maren Seifert



Von

CDU-Fraktion Werner Maier

16.02.2024

Haushaltsantrag zu

194/23 Maßnahmenachse 1, Umbau Moltkestr von Ortenberger- bis Rammersweierstraße

+

195/23 Maßnahmenachse 8, Umbau Weingartenstraße von Moltkestraße bis Josefs Klinikum

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Steffens,

Nr. 9 wir beantragen hiermit eine Neuplanung von den Maßnahmen 194 + 195 aus dem mehrjährigen Maßnahmenprogramm unter der bekannten „Variante 0“, d.h. ohne, dass ein Baum gefällt werden muss. Es ist unserer Meinung nach jetzt vollkommen ausreichend, dass die bestehenden Radwege ertüchtigt, d.h. wo notwendig ausgebessert werden.

Dafür sollten von den geplanten 14,6 Mio € (8,5 Mio + 6,1 Mio) nur ca. 1 Mio € verwendet werden.

Bei der sich nun in Deutschland abzeichnenden rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung, die an Offenburg auch nicht spurlos vorbeigehen wird, ist es ein Gebot der Vernunft diese ca. 13,6 Mio jetzt einzusparen.

Die CDU-Fraktion verzichtet auf weitere Anträge, auch aufgrund der negativen wirtschaftlichen Entwicklung. Uns erreicht, dass hier auch kleinere Betriebe beginnen abzuwandern. Dass Elsass bietet sich an dafür.

Werner Maier

-Fraktionsvorsitzender-

Herrn
Oberbürgermeister Marco Steffens
Hauptstraße 90
77652 Offenburg

Freitag, den 16.02.2024

Haushaltsanträge im Doppelhaushalt 2024/2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Steffens,

wir Freien Wähler Offenburg haben, gerade auch im Hinblick auf den Wahlkampf, zahlreiche Ideen für mögliche Haushaltsanträge. Vor dem Hintergrund, dass im Juni ein neuer Gemeinderat gewählt wird und sich Prioritäten dadurch auch wieder verschieben können, möchten wir mit den Steuergeldern unserer Bürger vorsichtig umgehen.

Grundsätzlich halten wir uns an die Vereinbarungen aus dem verabschiedeten Einsparungsprozess (IKO) und verzichten daher auf weiterführende Haushaltsanträge, die die Stadtkasse zusätzlich belasten.

Natürlich sprechen wir uns aber bereits heute schon unter anderem für die Stärkung der Ortsteile und des Ehrenamts aus, für eine gute Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder, für eine Entlastung der Familien und für das Voranschreiten der Digitalisierung. All das halten wir für wichtige Themen in und für Offenburg. Gerne möchten wir aber nachjustieren und bereits genehmigte Finanzmittel umverteilen.

Nr. 10 Planung der Nordspange:

Bereits im November haben wir gemeinsam mit der SPD- und der CDU-Fraktion einen Antrag zur sofortigen Aufnahme der Planung der Nordspange gestellt. Wir alle sehen diese Nordumfahrung als dringend notwendige Ergänzung des zukünftigen Ost-West-Verkehrsnetzes, um unser Bahnhofsumfeld und die Innenstadt vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Aber genauso sehen wir die kritische Verkehrs- und Ampelführung auf der Unionbrücke und dem umliegenden Verkehrsnetz, wo immer noch sofortiger Handlungsbedarf besteht. Für die Planung sollte umgehend ein externes Büro beauftragt werden.

D4

Zur Finanzierung schlagen wir den Verzicht des angedachten Securitydienstes vor. Wir möchten einen starken Polizeistandort Offenburg, einen professionellen KOD, der die Polizei kompetent unterstützt, inklusive des Sicherheitsaudits. Wir möchten aber keinen Securitydienst als Übergangslösung, der über seine Kompetenzen hinaus in der Stadt für Sicherheit sorgen soll, bis der KOD eingerichtet ist. Das angedachte Volumen von bis zu 400.000 Euro für den Securitydienst möchten wir sinnvoller einsetzen und für die Planung der Nordspange und einer intelligenten Ampelschaltung verwenden, von welcher alle Verkehrsteilnehmenden profitieren werden.

Zusätzliche Gelder möchten wir nicht beantragen. Außerdem halten wir es für wichtig, dass noch nicht freigegebene Finanzmittel aus dem Klimaschutzfond nicht vorab bereits verplant werden. Hier sollten sich die anderen Fraktionen an die von ihnen mitgetragenen und mitbeschlossenen Anträge und Richtlinien halten. Ob solche Maßnahmen tatsächlich unter den Klimaschutzfonds fallen und in der vorgeschlagenen Priorisierung Berücksichtigung finden, wird von einer entsprechenden Kommission (Klimabeirat) im Nachgang zur Kommunalwahl entschieden.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion, Freie Wähler Offenburg

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Gemeinderatsfraktion Offenburg



Herrn
Oberbürgermeister Marco Steffens
Rathaus
Hauptstraße 90
77652 Offenburg

Vorsitzende
Dr. Martina Bregler
Im Laulesgarten 17
77654 Offenburg
Email: mb@bregler.de
Offenburg, 30.01.2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Steffens!

Die SPD- Fraktion beantragt zum **Doppelhaushalt 2024/25** Folgendes:

- Nr. 11** 1. Die Planung zur Einrichtung eines von uns schon jahrelang geforderten elektrischen **Pendelbusses**, der die Hochschule, das künftige LGS-Gelände, das Schwimmbad, die Innenstadt und den Bahnhof in enger Taktung verbindet. Ab 2030 sollte dieser Bus dann bis zum Klinikum weitergeführt werden. **Wir bitten, die Planungs- und Umsetzungskosten zu prüfen.**
- Nr. 12** 2. Wir beantragen ebenfalls, in den nächsten fünf Jahren eine **erneute Eigenkapitalzuführung für die Städtische Wohnbaugesellschaft in Höhe von 5 Mio. Euro** zur Verfügung zu stellen, um auch in Zukunft relativ preisgünstigen Wohnraum erstellen zu können. Zur Finanzierung stellen wir folgenden **Prüfauftrag an die Verwaltung**: Bitte erarbeiten Sie bis Mitte des Jahres 2024 Vorschläge, wie die Kosten für den Personalzuwachs bei der Stadt um jährlich 1 Mio. Euro reduziert werden können. Die eingesparten Mittel sollen bis 2028 der Eigenkapitalzuführung an die Wohnbau dienen.
- D5**
- Nr. 13** 3. Wir bitten zu **prüfen**, ob bzw. in welchem Umfang die Stadt Offenburg **die St. Martinskirche** mit all ihren Räumlichkeiten so lange für den Stadtteil Stegermatt, der ja Sanierungsgebiet ist, und das Wohngebiet Eiserne Hand funktionsfähig gehalten werden kann, bis im Rahmen der Landesgartenschau Ersatzflächen dafür geschaffen werden.

- Nr. 14** 4. Wir beantragen zu prüfen, ob und zu welchen Kosten an den städtischen weiterführenden Schulen **kostenlose Hygieneartikel /Periodenartikel** zur Verfügung gestellt werden können. Viele Städte (Freiburg, Heidelberg, Düsseldorf, Berlin...) haben damit gute Erfahrung gemacht. Dies ist ein lang gehegter Wunsch von Schülerinnen und Lehrerinnen an den betreffenden Schulen. Die Periode nimmt keine Rücksicht auf Zeitpunkt oder Lebenssituation, daher kommen Mädchen und Frauen auch mal plötzlich oder unerwartet in die Lage, dass sie akut Menstruationsartikel benötigen. Gerade bei jungen Mädchen setzt die Regelblutung eben nicht immer regelmäßig ein. Weder Scham (nach entsprechenden Produkten fragen zu müssen) noch Einschränkungen (vor Klausuren, während des Sportunterrichts) sollte es für einen natürlichen, biologischen Prozess des weiblichen Körpers geben. **Erwartete Kosten: Einmalig 200 Euro für das Aufstellen eines Apparates, monatliche Kosten 20.00- 30.00 Euro pro Schule.**

Als weitere **Gegenfinanzierung** schlagen wir Folgendes vor:

- D6** 1. Wir beantragen, für die **Landesgartenschau 2032** wirklich nur solche Maßnahmen zu planen, die für die Stadtgesellschaft einen dauerhaften Mehrwert bringen.
- D7** 2. Nach all den zahlreichen, auch unerfreulichen, Diskussionen um die Sanierung der **Weingarten- und Moltkestraße** beantragen wir, **alle Planungen dazu zu stoppen** und beide Straßen in der derzeitigen Form zu belassen, auch um möglichst viele Bäume zu erhalten. Die Straßen sind nicht als Unfallschwerpunkte aufgefallen. Es sollen nur Reparaturarbeiten z.B. an den Fahrradwegen geplant und umgesetzt und die kritischen Stellen im Kreuzungsbereich korrigiert werden. Daneben sollen die Radfahrer/innen auf geeignete parallel verlaufende Verkehrswege hingewiesen und geleitet werden. **Erwartete Ersparnis in 2024/25: 100.000 Euro.**
- D8** 3. Wenn wirklich das Landratsamt an anderer Stelle als jetzt neu gebaut werden wird, hat der geplante **Bahnhalt „Landratsamt“** den Hauptfrequenzbringer verloren. Der Bau dieses Bahnhalts würde Unmengen an Kosten verschlingen. Wir beantragen, **die weiteren Planungen und das Vorhaben zu stoppen**. Das Schwimmbad und die Hochschule können anderweitig und viel kostengünstiger an den ÖPNV

angeschlossen werden (siehe u.a. Antrag Nr. 1). **Erwartete Ersparnis 2024/2025: 150 000 Euro.**

D9

4. Die Implementierung eines **Kommunalen Ordnungsdienstes** halten wir für **nicht notwendig**. Stattdessen sollen zusätzliche Sozialarbeiter*innen für die Brennpunkte der Stadt eingestellt werden. Auch das vorübergehende Einstellen von Security Mitarbeitern verursacht in unseren Augen nicht notwendige Kosten. **Erwartete Ersparnis für 2024/2025 500 000 Euro.**

Ausdrücklich **begrüßen** wir, dass die geplanten Kosten für die **Baumpflege** von 2,6 Mio. Euro in 2022/2023 **auf fast 4 Mio.** Euro für 2024/2025 deutlich angehoben wurden.

Nr. 15

Den Antrag auf einen **Baustellenunterstützungsfond in Zell- Weierbach unterstützen** wir. Die Verwaltung wird gebeten, dies zu prüfen und einen Vorschlag dazu zu unterbreiten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Martina Bregler